

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
mit der Nummer 76 bis 1932
ausgegeben. — Erscheint wöchentlich.
Sonderdruck-Anschluß Nr. 53.

Veröffentlichung des Anzeigers
mit der Nummer 76 bis 1932
ausgegeben. — Erscheint wöchentlich.
Sonderdruck-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Engelhard Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 76

Freitag, den 1. April 1932

27. Jahrgang

Hugenbergs Vorschlag und die bürgerlichen Parteien

Skeptische Aufnahme

Berlin, 30. März. Der Appell, den der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Hugenberg, an die bürgerlichen und berufständischen Rechtsparteien zur Sammlung der Rechtsstimmen bei der preussischen Landtagswahl auf der deutschnationalen Landesliste gerichtet hat, findet bei den beteiligten Parteien eine skeptische Aufnahme. Durchweg erinnert man an die scharfen Angriffe, die Hugenberg gegen diese Parteien noch vor kurzem gerichtet habe, und meint, daß es die Wähler unter diesen Umständen nicht verstehen würden, wenn ihre Abgeordneten als Hospitanten in die deutschnationale preussische Landtagsfraktion einträten könnten. Auch komme der Vorschlag Hugenbergs in technischer Hinsicht etwas spät, da bereits Verhandlungen zwischen den berufständischen Parteien über Listenverbindungen im Gange sind, mit deren Abschluß man noch in dieser Woche rechnen kann. In diesen Verhandlungen sind vornehmlich Landvolk und Wirtschaftspartei beteiligt. Das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger hat die in Betracht kommenden Parteigruppen um Stellungnahme zu Hugenbergs Vorschlag erzuht.

Der Landvolkführer Dr. Gerets, der kürzlich Vorsitzender der vereinigten Hindenburg-Kommission ist, erklärt, daß, so gut der Gedanke als solcher wäre, doch die von Hugenberg angemaßten Mittel durchaus falsch seien. Solche Dinge könne man nicht in der Öffentlichkeit regeln, sondern nur in vertrauensvoller Aussprache von Mann zu Mann. An solchem vertrauensvollen Verhandeln hindere nicht zuletzt das mangelnde Eintreten Hugenbergs für Hindenburg. Eine engere Anlehnung an die Deutschnationalen als solche sei durchaus wünschenswert, aber nicht an Hugenberg mit seiner Taktik. Wer wirklich die gesamte Rechte sammeln wolle, könne das nicht in der Form eines öffentlichen und in einigen Punkten verletzenden Briefes tun. Die verletzende Form dieses Briefes, der den anderen Parteien gleichmäßig die Annahme einer Unterwerfung unterstelle, mache es vollkommen unmöglich, darauf einzugehen.

Da der Parteiführer des Landvolks, Dr. von Hauenschild, erst Donnerstagabend wieder in Berlin eintrifft, ist eine offizielle Entscheidung der Partei über den Hugenberg-Vorschlag nicht vor Freitag zu erwarten. Es ist aber anzunehmen, daß die Stellungnahme Gerets sich mit der Auffassung der Gesamtpartei deckt.

Die Deutsche Volkspartei nimmt zu dem Vorschlag Dr. Hugenbergs wie folgt Stellung: Herr Hugenberg stellt ein Programm für den Nationalismus auf, dem man sich anschließen kann. Die Deutsche Volkspartei läßt sich in nationaler Befassung von niemand übertreffen. Die Sitzesmann-Politik der Rheinland-Beitragung war eine eminent nationale Politik, obwohl sie von Hugenberg nicht anerkannt wird. Die Deutsche Volkspartei führt nicht nur einen entschlossenen Kampf gegen den Sozialismus, sondern auch gegen die schwarzrote Koalition in Preußen. Das wahre Gesicht des Hugenberg-Vorschlags zeigt sich in der Bemerkung über die „schwankend zu ihm Kommenden“, die bei ihm „eingeschmolzen“ werden sollen. Damit zeigt Herr Hugenberg sein gestriges Unvermögen, überhaupt bürgerliche Sammlungspolitik zu treiben. Wer anders als er denkt und handelt, ist nach langer Zeit Diktator oder Schwankender, sondern ein Politiker, der von persönlicher Überzeugung und vaterländischer Verantwortung ein ganz anderes Bild hat als der deutschnationale Führer. Daß Herr Hugenberg den „nationalen Bezug“ und die „Sendung“ habe, die bürgerliche Welt zu sammeln, muß nach diesen Erfahrungen eben so wie nach den neuesten Ereignissen bezweifelt werden. Die Hindenburgwahl hat bewiesen, wie wenig Hugenberg die Aufgabe der Zeit und die Stunde des nationalen Bürgerturns verstanden hat.

Wir hätten heute eine ganz andere politische Lage in Deutschland, wenn Hugenberg mit der gesamten Rechte für die Wahl Hindenburgs eingetreten wäre. Nach dem Ergebnis des 13. März mag Abgeordneter Hugenberg Veranlassung haben, sein politisches Ansehen durch eine neue Aktion zu heben. Die Fäden zwischen seinem jetzigen Vorschlag und den Ereignissen im Wahlkreis Westfalen-Süd sind deutlich erkennbar. Für die Deutsche Volkspartei besteht keine Veranlassung, auf das Scheinangebot einzugehen. Herr Hugenberg kann völlig unbefragt sein, denn die Stimmen der volksparteilichen Wähler werden auf ihren Wahlkreislisten und auf dem Landeswahlvorschlag voll zur Geltung kommen. Hier besteht nicht die geringste Gefahr, zumal Herr Hugenberg selber mit dem Verlust der Hälfte seines Mandats rechnen muß, also kaum in der Lage sein dürfte, anderen Parteien irgendwelche Sicherungen zu versprechen.

Die Wirtschaftspartei veranlaßt am Freitag eine Tagung ihres preussischen Landesvorstandes, in der die Kandidatenfrage geregelt werden soll. In der Sitzung wird auch zu dem Vorschlag Hugenbergs Stellung genommen werden, sobald jetzt eine offizielle Entscheidung der Partei noch nicht vorliegt. Es dürfte aber auch für diese Partei der Vorschlag Hugenbergs nicht diskutabel sein. Der Führer der preussischen Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Grotz, äußerte sich dahin, daß abgesehen von der technischen Unmöglichkeit der Durchführung des Hugenberg-Vorschlags ein berechtigtes Ansehen in Form eines offenen Briefes von der Wirtschaftspartei abgelehnt werde.

Von der konservativen Vereinigung waren am Mittwoch maßgebende Führer nicht zu erreichen, doch wird verwacht, daß auch von den Konservativen die Auffassung des Landvolks, der Volkspartei und anderer Parteigruppen voll geteilt wird.

Der zweite Reichstagsführer des Christlichsozialen Volksdienstes, Müller, glaubt, daß es sich bei dem Vorschlag Hugenbergs um ein

parteilichs Manöver handelt, zumal dort Bedingungen gestellt würden, die für Parteien, die sich nicht schon zu 99 Prozent ausgegeben hätten, unannehmbar seien. Es handle sich um einen wohlüberlegten Stoß, um in den Reihen der Mittelgruppen, die sich gerade zu formieren im Begriff seien, Verwirrung und Unsicherheit hervorzurufen und die Wähler dieser Partei dann auf seine Seite zu ziehen. Der Reichstagsführer des Christlichsozialen Volksdienstes, die am Dienstag in Berlin getagt habe, habe der Brief Hugenbergs noch nicht vorgelesen. Er würde aber sicher an den Beschlüssen der Reichstagsleitung nichts geändert haben, wenn

der Volksdienst allein und ohne jede Bindung an andere Parteien in den preussischen Wahlkampf einträte.

DVP lehnt den Vorschlag Hugenbergs ab

Berlin, 30. März. Die Pressefraktion der Deutschen Volkspartei erklärt heute zu dem bekannten Vorschlag Hugenbergs, abzuweichen von den allgemeinspolitischen Forderungen Hugenbergs grundsätzlich zustimmen, seien doch dessen parteipolitische Vorschläge un diskutabel. Seine Vorschläge, so heißt es, lassen keinen Raum von ernstlichem bürgerlichen Sammlungswillen verspüren. Wollte Herr Hugenberg als Sammlungspolitiker ernst genommen werden, so würde es eine weniger parteipolitische Offerte haben müssen.

Tardieus Reise nach London

Seitenblicke gegen Deutschland

Paris, 30. März. In fast sämtlichen Blättern kommt die Verurteilung darüber zum Ausdruck, daß Tardieu nun nach seiner Begegnung mit MacDonald haben wird. „Zeitungen“ meint, man werde wahrscheinlich auch das Reparations- und Abrüstungsproblem ansprechen. Auch die Donaufrage erfordert eine rechte finanzielle Prüfung, umso mehr, als anheimelnd die wirtschaftliche Umänderung der Länder Mittel- und Südozeanopas nicht ohne Unterstützung des französischen Kapitals durchgeführt werden könne. „Journal“ hebt hervor, die Begegnung, zu der Tardieu nach London reiste, müsse als völlig unabhängig von derjenigen gelten, zu der MacDonald Frankreich, Deutschland und Italien eingeladen habe. Das Blatt spricht von der Notwendigkeit der französisch-englischen Entente cordiale, namentlich auch im Hinblick auf die Lausanner Konferenz. „Les Nouvelles“ erwartet von der Aussprache eine Einigung, die für die Weiterentwicklung der Donaufrage von größter Bedeutung sei. „Populaire“ stellt fest, Tardieu habe, weil er Deutschland ausschalten wolle, Frankreich isoliert. Es sei ihm höchstens gelungen, einen englisch-italienisch-deutschen Block gegen Frankreich zu bilden. „Echo de Paris“ meint, es sei die Aufgabe Tardieus, MacDonald klar zu machen, daß die gegenwärtigen Pläne unbrauchbar seien, wenn die Regierungen von Berlin und Rom in die politische Behandlung gleichberechtigt mit den fünf Donaualändern einträten. Daran schließt „Echo de Paris“ seinen scharfen Angriff auf die „Vongermanen“ an.

Paris, 30. März. Zur bevorstehenden Londoner Reise Tardieus schreibt „Levenir“, der Pariserer MacDonald werde versuchen, Tardieu hinzuzuziehen, weil das in seiner Natur liegt und weil er die Franzosen verabscheue. Das werde ihm aber nicht gelingen. Die Abrüstungskonferenz sei notwendig, denn man müsse wissen, was Deutschland und Italien beabsichtigen. Mit ein wenig gutem Willen auf beiden Seiten, in erster Linie bei Deutschland, werde man auf eine praktische Europäerunion zuweilen können. „Figaro“ weist darauf hin, daß die Logik gefordert habe, die ein Abkommen zu Zweiten unerlässlich für ein Abkommen zu Brüssel mache, da Frankreich und England fast sämtliche Kosten für den Wiederaufbau der Donaualänder zu tragen beufen seien. „Deux“ betont gegenüber dem „wiederwachsenden Vongermanismus“ und angesichts der kommunistischen Revolution“ die Notwendigkeit der französisch-englischen Zusammenarbeit und unterstreicht, daß die Londoner Reise Tardieus im richtigen Augenblick erfolge.

Londoner Pressestimmen zum Donauplan

London, 30. März. Die englische Presse befaßt sich auch heute mit dem Donauplan und der Viermächtekonferenz. Der „Times“ zufolge hat MacDonald schon seit einiger Zeit eine Zusammenkunft mit Tardieu gewünscht. In Regierungskreisen herrsche allgemein die Auffassung, ein persönliches Meinungsaus-

tausch zwischen den Premierministern beider Länder über die jetzige Lage in Europa werde von größtem Werte sein. Auch nimmt man an, daß die Besprechungen nicht auf den Donauplan beschränkt sein sollten. Die britische Regierung hoffe, es werde möglich sein, zunächst eine Konferenz der vier Großmächte und dann eine Konferenz der Donaumächte abzuhalten. Auf der ersten Konferenz sollten die Grundlinien eines allgemeinen Planes vorgeteilt werden, auf dem dann die Konferenz der Donaumächte aufbauen könne. Die dringende Notwendigkeit einer schnellen Hilfe werde es hoffentlich ermöglichen, die Viermächtekonferenz bereits für nächste Woche einzuberufen. Diese Entscheidung findet sich auch in den anderen Blättern. „Daily Herald“ schreibt: Hinter Tardieus Donauplan steht die politische Macht, eine französische Herrschaft über das Donauebiet zu errichten und der deutschen Durchbringung eine Schranke entgegenzusetzen. Zur wirtschaftlichen Seite bemerkt das Blatt, daß das grundlegende Uebel des Donauplanes der Zusammenbruch des Bauernstandes sei. Diesem Uebel aber würde der Tardieusche Plan keineswegs Abhilfe oder Erleichterung bringen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt, hinsichtlich der Viermächtekonferenz sei alles in der Schwebe. Die deutsche und die italienische Regierung wären bereit, nächste Woche Delegierte nach London zu senden. Aber die französische Regierung habe eine solche Konferenz für verfrüht und dränge darauf, daß sie erst nach dem Wiederzusammentritt der Genfer Abrüstungskonferenz am 11. April in Genf abgehalten werde. Weder dieses Datum noch dieser Ort würden in London besonders begünstigt. Tardieu habe aber am Sonnabend und gestern deutlich zu verstehen gegeben, daß Frankreich einer Viermächtekonferenz nicht unbedingt zustimmen werde, bevor es die Frage allein mit Großbritannien erörtert habe. Der Ausschuss der Konferenz werde in britischen amtlichen Kreisen ungewissenhaft als enttäuschend und unbefriedigend angesehen.

Brüning

fährt nicht nach London

Berlin, 30. März. Die Reichsregierung rechnet auf Grund des bereits gemeldeten diplomatischen Meinungsaustausches nicht mehr damit, daß Reichskanzler Dr. Brüning an der Londoner Konferenz teilnehmen wird. Der Kanzler wird vielmehr erst am 1. April nach Genf fahren und dort Besprechungen über die Wirtschaftshilfe für die Donaualänder führen. An der Londoner Beratung wird, wie bekannt ist, nur Staatssekretär v. Bälow, und zwar wahrscheinlich vom 6. April ab, teilnehmen.

Bereinsigung und Verbiligung der Arbeitslosenversicherung

Berlin, 30. März. Auf Grund ihrer Ermächtigung durch die 2. Rotverordnung vom 5. Juni 1931 hat die Reichsregierung am 31. März eine Verordnung zur Vereinfachung und Verbiligung der Arbeitslosenversicherung erlassen, die am 18. April 1932 in Kraft tritt. Diese Verordnung soll vor allem die Verwaltung auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vereinfachen, soweit dies möglich ist, ohne wesentliche Grundsätze des Gesetzes anzutasten. Der Vorstand hat in Zukunft nicht mehr wie bisher eine neben dem Verwaltungsrat stehende Körperschaft mit eigener Zusammensetzung, sondern wird aus den Mitgliedern des Verwaltungsrats selbst gebildet. Gleichzeitig übernimmt er diejenigen Aufgaben des Verwaltungsrats, die zur Geschäftsführung der Reichsanstalt gehören, während die Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung noch wie vor dem Verwaltungsrat verbleiben.

Aus Vereinfachungs- und Verbiligungsgründen wird die Zahl der Mitglieder des Vorstandes und des Verwal-

tungsrates und der Verwaltungsausschüsse bei den Arbeitsämtern und Landesarbeitsämtern herabgesetzt und die Zahl der Tagungen dieser Organe auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt.

Am materiellen Recht der Arbeitslosenversicherung nimmt die Verordnung nur geringfügige Änderungen vor. Zu diesen gehört die Vorkaufs-, nach der Beiträge und Teile von Beiträgen, die später als einen Monat nach Fälligkeit entrichtet worden sind, für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse künftig nicht mehr zu berücksichtigen sind.

Sicherung des Reichshaushalts

Die Haushaltsführung des Reichs für die Zeit vom 1. April 1932 bis 30. Juni 1932 ist durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1932 dahin geregelt worden, daß die persönlichen Ausgaben im Rahmen des Haushaltsplanes von 1931 geleistet werden und daß im übrigen, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, in diesem Vierteljahr auch bis zu einem Fünftel des für 1931 bewilligten Betrags ausgegeben werden darf. Als Reichshaushalt an die Gemeinden für die Erleichterung der Wohlfahrtsarbeiten ist ein Betrag von 75 Millionen Mark vorgesehen.